

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.
IDG-STATUS öffentlich
SIGNATUR **10 FINANZEN**
10.07 Voranschläge (Archiv Abt. III A. + B.)
BETRIFFT **Voranschlag 2016; Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP 2017-2021 / Substantielles Protokoll**

[...]

5. **Geschäft-Nr. 058/15**
Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2016 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnissnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017/21

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet mit Beschluss-Nr. 171/15 dem Grossen Gemeinderat mittels Auszug aus dem städtischen Protokoll vom 1. Oktober 2015 folgenden Antrag:

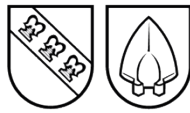
DER GROSSE GEMEINDERAT

-- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

- Der Voranschlag 2016 über die Aufwendungen und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	110'578'750
	Ertrag	Fr.	110'733'450
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	13'320'000
	Einnahmen	Fr.	883'300
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	0
	Einnahmen	Fr.	1'050'000
- Der Steuerfuss wird für das Jahr 2016 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

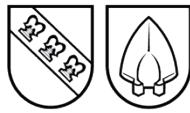
3. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 154'700.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.
4. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.
5. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017/21 wird Kenntnis genommen.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. den Stadtrat, zweifach
 - b. die Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. sämtliche Abteilungen der Stadtverwaltung (11)
 - d. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat, dreifach.

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die umfangreichen, separaten Akten verwiesen.

1. **PLENARDEBATTE** **VORWORT RATSPRÄSIDENTIN**

1.1 GRUNDLEGENDES

Der Ratspräsident schickt vor der Behandlung dieses Geschäftes einige grundlegende Informationen zum Ablauf voraus. Nebst den üblichen Formalitäten, wonach Anträge vor Abstimmung jeweils schriftlich der Sitzungsleitung auszuhändigen und bei Wortmeldungen Konto-Nr. und Seitenzahl gemäss des gedruckten Voranschlages zu erwähnen sind, erläutert der Präsident den vorgesehenen Fahrplan. Die Ratsmitglieder haben jeweils ein solches Exemplar ausgeteilt erhalten. Zudem wird die durch das Büro des Grossen Gemeinderates vorgesehene Reihenfolge der Behandlung des Voranschlages auf einer Sichtfolie im Sitzungssaal projiziert.



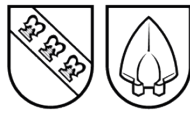
AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.
BESCHLUSS-NR.

2016-1846

1.2 ZUM ABLAUF:

1	Vorwort Ratspräsident Grundsätzliches zum Ablauf	Richtwerte
2	Eintretensdebatte Im Rahmen der Eintretensdebatte wird nur zum Voranschlag im Allgemeinen diskutiert. Die konkreten Anträge werden unter Punkt 4 ff. abgehandelt.	
	2.1 Referat des Finanzvorstandes	10'
	2.2 Referat des RPK-Präsidenten	10'
	2.3 Voten RPK-Mitglieder zum Eintreten	5'
	2.4 Voten Ratsmitglieder zum Eintreten	5'
3	Abstimmung über Eintreten	
4	Detailberatung Laufende Rechnung Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 6 des gedruckten Voranschlages	
	4.1 Anträge RPK	
	4.2 Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	2' – 3'
	4.3 Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	2' – 3'
	4.4 Abstimmung zu den Anträgen der RPK	
	4.5 Weitere Anträge Mitglieder GGR	2' – 3'
	4.6 Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen der Mitglieder GGR	2' – 3'
	4.7 Abstimmung zu den Anträgen Mitglieder GGR	
5	Detailberatung Investitionsrechnung Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 58 des gedruckten Voranschlages	
	5.1 Anträge RPK	
	5.2 Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	2' – 3'
	5.3 Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	2' – 3'
	5.4 Abstimmung zu den Anträgen der RPK	
	5.5 Weitere Anträge Mitglieder GGR	2' – 3'
	5.6 Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen der Mitglieder GGR	2' – 3'
	5.7 Abstimmung zu den Anträgen Mitglieder GGR	
6	Beratung der Abschreibungstabelle Seiten 67/68	
7	Beratung der Verpflichtungskreditkontrolle ab Seite 69	



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

7.1	Antrag RPK zu Konto 950.5031.12 „Bandenanlage Eisbahn“	
7.2	Mitglieder GGR zum Antrag der RPK (950.5031.12 Bandenanlage)	
7.3	Stellungnahme Mitglied Stadtrat zum Antrag RPK (950.5031.12 Bandenanlage)	
7.4	Abstimmung zum Antrag RPK 950.5031.12 „Bandenanlage Eisbahn“	
7.5	Weitere Anträge Mitglieder GGR	
7.6	Allfällige Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu Anträgen Mitglieder GGR	
7.7	Abstimmung zu Anträgen Mitglieder GGR	
8	Zwischenabstimmung zum Voranschlag Dispositiv-Ziffer 1 des stadträtlichen Antrages	
9	Diskussion zum Steuerfuss	
9.1	Antrag RPK	
9.2	Wortmeldungen Mitglieder GGR	
9.3	Stellungnahme Stadtrat	
10	Zwischenabstimmung zur Festsetzung des Steuerfusses Dispositiv-Ziffer 2 des stadträtlichen Antrages	
11	Kenntnisnahme IAFP Diskussion	
12	Zwischenabstimmung zur Kenntnisnahme des IAFP Dispositiv-Ziffer 5 des stadträtlichen Antrages	
13	Schlussabstimmung zu den Ziffern 1-6 des stadträtlichen Antrages inklusive aller vorgenommenen Änderungen	

Im Besonderen sei erwähnt, dass in die nun folgende Eintretensdebatte nur Raum für Grundsätzliches und für Aspekte zur Sache bietet. Konkrete Anträge können zwar angemeldet, aber erst in der jeweiligen Detailberatung gestellt werden.

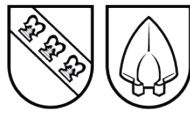
Grundsätzlich stehen dem Rat zwei Möglichkeiten zur Vornahme der Beratungsweise zur Verfügung:

VARIANTE A:

Beratungsweise wie oben dargestellt: Die RPK-Anträge werden im Gesamtverlauf zu jenem Zeitpunkt beraten, wenn die jeweilige Kontengruppe gemäss Reihenfolge des Kontenplans bzw. des gedruckten Voranschlages beraten wird.

VARIANTE B

2014 (zum VA 2015; damaliger Ordnungsantrag Gemeinderat André Buecheler, SVP):



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.
BESCHLUSS-NR.

2016-1846

Die Detailberatung der Laufenden Rechnung (und im Anschluss folgend gleich jene der Investitionsrechnung) beginnt mit der Behandlung der durch die RPK formulierten Anträge. Über diese wird hernach abgestimmt.

Erst danach können weitere Anträge durch die Ratsmitglieder vorgebracht werden, wobei die weitere Beratung der Laufenden und hernach der Investitionsrechnung seiten- und Kontogruppenweise erfolgt.

Der Ratspräsident sieht vor, sich der Variante A zu bedienen und den Voranschlag in einem Beratungsgang zu bereinigen.

1.3 REDEZEITEN

Art. 35 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates regelt die Redezeiten. Das Ratsbüro hat im vorliegenden Fahrplan marginale Kürzungen dieser Regelzeiten vorgenommen und bittet, diese einzuhalten. Nur dann gelingt es, die Diskussionen straff und nicht ausufernd zu führen.

1.4 ABSTIMMUNGEN

Abstimmungen erfolgen gemäss Art. 45 ff. der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. 48 der neuen Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

Art. 48	¹ <i>Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Ratsmitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt.</i> ² Über einen verbleibenden Hauptantrag wird gemäss Abs. 3 abgestimmt. ³ Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er mehr zustimmende als ablehnende Stimmen auf sich vereinigt.	Gleichgeordnete Anträge
---------	--	-------------------------

Der Ratspräsident bittet um Kenntnisnahme, wonach diese Regelung mit Revision der Geschäftsordnung aufgrund des Nachvollzugs des übergeordneten Gesetzes über die politischen Rechte GPR neu in dieser Form angewendet werden muss.

Der Ratspräsident erkundigt sich beim Plenum, ob dieses zum erläuterten Vorgehen Wortmeldungen wünscht. Dem Schweigen des Ratskörpers ist zu entnehmen, dass das Vorgehen somit auf allgemeine Akzeptanz stösst.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

2 EINTRETENSDEBATTE

2.1 REFERAT DES FINANZVORSTANDES

Erstmals seit mit Revision der gemeinderätlichen Geschäftsordnung (vgl. GGR-Beschluss 056/15 vom 1. Oktober 2015) geänderten Votenfolge bei Behandlung von Voranschlag und Jahresrechnung eröffnet der Finanzvorstand mit seinem Referat die Eintretensdebatte.

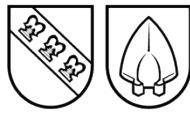
Für sein Referat bedient sich *Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, Ressort Finanzen*, zur Illustration seiner Ausführungen einer visuellen Projektion, welche sich im Anhang zu diesem Protokoll findet. Zusammenfassend gewährt er einen Überblick über die Eckdaten und die wichtigsten Kennzahlen.

	V2016	V2015	ABW. ZU VA15
Ressourcenausgleich	19.0	19.9	-0.9
Ertragsüberschuss (+)	+0.155	+0.114	+0.041
Einlage Vorfinanzierung	0.8	-	+0.8
Abschreibungen ord. (ohne SF)	6.9	6.9	-
Abschreibungen zus. (ohne SF)	0.7	-	+0.7
Investitionen VV (netto ohne SF)	7.7	6.1	+1.6
Cashflow = Selbstfinanzierung	8.5	7.0	+1.5
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	110 %	116 %	-6 %

Zu den übrigen Kennzahlen und finanztechnischen Details wird auf die umfangreiche Antragsschrift des Stadtrates verwiesen.

Stadtrat Wespi zieht folgendes Résumé:

- Div. (v.a. gebundene) Mehraufwände können durch (z.T. ausserordentliche) Mehreinnahmen (Steuern) überkompensiert werden (Bildung VF Hagen 0.8 Mio).
- SPARPAKET'17: Zahlen vollumfänglich eingeflossen (IAFP) ⇒ Umsetzung weiterhin notwendig.
- Cashflow mit Fr. 8.5 Mio. innerhalb Zielband (Fr. 7 – 10 Mio.).
- Investitionsruhiges Jahr: Selbstfinanzierungsgrad > 100 % (110 %).
- IAFP: Einnahmen müssen weiterhin wachsen, um gebundenes Ausgabenwachstum (Sozialhilfe, Zusatzleistungen, Pflegefinanzierung) kompensieren zu können. Falls die Tendenz dreht, droht die Gefahr eines strukturellen Defizites.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

2.2 REFERAT DES RPK-PRÄSIDENTEN

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, präsentiert in dessen Funktion als Präsident der Rechnungsprüfungskommission die Beurteilung der Sachlage aus deren Blickwinkel.

Gemeinderat Käppeli bedankt sich bei Stadtrat Wespi für dessen Präsentation der wichtigsten Eckdaten zum Voranschlag 2016 und zum IAFP 2017-2012. Jene Ausführungen ermöglichen es dem Kommissionspräsidenten, sich kurz und prägnant zu halten.

Dies bedeute aber auch, dass er sich in seinem Referat ausschliesslich auf den Voranschlag 2016 fokussiere und bezüglich finanzpolitischem Blick in die weitere Zukunft auf den Kommissionsabschied verweise.

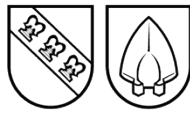
Mit dem Voranschlag 2016 sei die Rechnungsprüfungskommission zufrieden. Mit dem leichten Plus von Fr. 150'000.- bei gleichbleibendem Steuerfuss erfülle der Stadtrat die Forderung nach schwarzen Zahlen. Dies sei umso erfreulicher, als verschiedene umliegende Gemeinden wie zum Beispiel Lindau, Weisslingen, Fehraltorf, Pfäffikon oder auch Volketswil für nächstes Jahr Budgetdefizite beschlossen hätten. In Pfäffikon und in Volketswil erhöhe man zudem für nächstes Jahr die Steuern um 3 bzw. 5 %.

Diese Vergleiche mit anderen Gemeinden vor Augen und da der Stadtrat dem Parlament bereits ein leichtes Budgetplus vorlege, möchte eine Minderheit der Rechnungsprüfungskommission den Voranschlag 2016 unverändert genehmigen.

Sollte hingegen das Parlament heute Abend einzelne Budgetverbesserungen beschliessen, empfehle die Kommissionsminderheit bei der Schlussabstimmung, den Voranschlag abzulehnen. Kommissionsmitglied Adrian Kindlimann möge im Anschluss an die Präsidiumsausführungen diese Minderheitsposition noch näher begründen.

Eine Kommissionsmehrheit möchte dem stadträtlichen Antrag nicht ohne Weiteres folgen. Die Mehrheit sehe aber auch keinen Anlass, in der Schlussabstimmung den Voranschlag 2016 abzulehnen und damit Illnau-Effretikon ein Notbudget aufzuerlegen. Unter dem Regime eines Notbudgets dürfte nämlich der Stadtrat lediglich noch diejenigen Ausgaben tätigen, wo sie gesetzlich vorgeschrieben sind. Eine Ablehnung des Voranschlages hätte also beispielsweise zur Folge, dass kein Neujahrsapéro mit Ansprache des Stadtpräsidenten stattfinde. Und es könnten in den nächsten Monaten auch keine kulturellen Veranstaltungen mit städtischer Unterstützung stattfinden. Ebenfalls in Verzug kämen verschiedene Investitionsvorhaben. Eine Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission wünsche dies nicht. Was eine RPK-Mehrheit hingegen beantrage, seien ausgewählte Budgetverbesserungen im Umfang von insgesamt bis zu Fr. 450'000.-. Damit möchte eine Mehrheit der Kommission der eingeleiteten Trendwende hin zu gesunden Finanzen zusätzliche Schubkraft verleihen. Die freigespielten Finanzmittel im Umfange zwischen 1 und 2 Steuerprozenten sollen dem Erhalt und der weiteren Pflege der Standortattraktivität von Illnau-Effretikon zugute kommen.

Soviel zur Einstimmung. Zum Voranschlag 2016 brauche der Kommissionspräsident gar nicht mehr weiter ausholen. Die Empfehlungen der Kommissionsmehr- und -minderheit seien bekannt und die Positionen der Fraktionen bezogen. Zudem gehe Gemeinderat Käppeli aufgrund des sehr transparenten Verfahrens, welche die Kommission bei der Vorbereitung des Abschiedes gewählt habe, nicht davon aus, dass das Plenum am heutigen Abend noch durch zahlreiche neue Zusatzanträge überrascht werde. Damit sollten aus Käppeli'scher Sicht alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen sein, dass das



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Ratsplenum in rund einer Stunde bei der Schlussabstimmung den Voranschlag einstimmig genehmigen könne. Egal, wie weit das Parlament in der nachfolgenden Detailberatung das Budget finanziell noch leicht verbessere; der insgesamt erfreuliche Voranschlag 2016 verdiene das Vertrauen aller.

Zwischenzeitlich ist auch Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, Ressort Gesundheit, dem Plenum hinzugestossen; Grosser Gemeinderat und Stadtrat sind demnach nun vollzählig anwesend.

2.2 VOTEN WEITERER MITGLIEDER RPK 2.2.1 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP

Gemeinderat Adrian Kindlimann, RPK, legt die Haltung der Kommissionsminderheit dar. Diese beantrage dem Gesamtrat, den Voranschlag unverändert zu genehmigen. Entgegen der soeben getätigten Aussage des Kommissionspräsidenten habe die Minderheit nie verlauten lassen, wonach sie den Voranschlag abzulehnen gedenke. Es entziehe sich jeglicher Kenntnis, wie der Kommissionpräsident zu einer derartigen Äusserung und Schlussfolgerung gelange; führe doch auch die Minderheit im schriftlich vorliegenden Abschied dazu gänzlich nichts aus.

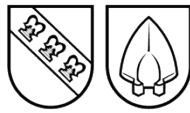
Auch die Kommissionsminderheit sei vom Bedürfnis erfüllt, dem Stadtrat für die Ausarbeitung des höchst erfreulichen vorliegenden Voranschlages zu danken. Die Minderheit beantragt dem Rat, auf die Vorlage einzutreten, sehe aber davon ab, sowohl in der Laufenden als auch in der Investitionsrechnung Kürzungen vorzunehmen. Die Kommissionsminderheit kann sich mit einem weiteren Abbau staatlicher Leistungen nicht einverstanden erklären; diese Vorgänge seien nicht mehr unter dem Begriff „Sparen“ zu subsumieren, sondern sie kämen eher der Abwälzung sämtlicher Kosten auf jede einzelne Einwohnerin und jedem einzelnen Einwohner gleich. Dieser Umstand trage je länger je mehr zur Sozialunverträglichkeit bei.

Bildlich gesprochen sei insbesondere bei den Positionen der Laufenden Rechnung die Zitrone allmählich ausgepresst. Auch vorgesehene Investitionen, die infolge der grassierenden Sparwut nicht zur Realisation gelangen, können in der Zukunft Mehrkosten verursachen, da sie den Ausfall von Einnahmen auch beim lokalen Gewerbe begünstigen.

Der nun zur Debatte stehende Voranschlag umfasse entgegen der Darlegung der Kommissionmehrheit nicht nur leicht ausgeglichene Werte, sondern sehe erhebliche Mehreinnahmen vor. Nach Dafürhalten der Kommissionminderheit mache sich deren Counterpart nun unglaublich, wenn die Mehrheit nun trotz schwarzer Zahlen weiterhin auf zusätzliche Einsparungen poche.

In der Privatwirtschaft würde man bei solchen Vorzeichen den Mitarbeitenden Boni ausrichten, um die Mitarbeitenden zu motivieren. Bei der Stadt Illnau-Effretikon dresche man auf das Personal ein, und verweigere Mittel, die Anreize für Lohnmassnahmen schaffen. Das Personal könne für das Wachstum an gebundenen Ausgaben doch nicht belangt werden.

Angesichts der guten finanziellen Entwicklungen sehe sich die Minderheit zur Empfehlung veranlasst, jene Posten, die angesichts des Sparpaktes und vergangener Budgetdebatten in den Bereichen Kultur, Entwicklungshilfe usw. eingespart wurden, wieder einer Erhöhung zuzuführen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Gemeinderat Kindlimann kommt resümierend zum Schluss, wonach die Kommissionsminderheit den stadträtlichen Antrag als zufriedenstellend taxiere und sich weiterer Kürzungen verweigere.

2.2.2 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, attestiert dem Voranschlag 2016 angesichts des geringfügigen Ertragsüberschusses ein gutes Resultat; bei genauerer Analyse jedoch, komme die SVP-Fraktion nicht umhin, steigende Kosten in den Ressorts Schule und Soziales festzustellen.

Der Ertragsüberschuss resultiere aus höher budgetierten Grundstückgewinnsteuern und durch höher eingesetzte Steuererträge von natürlichen Personen. Nach Auffassung von René Truninger beurteile der Stadtrat diese Positionen als zu optimistisch; gehe doch beispielsweise der Stadtpräsident von Wetzikon von einer Trendwende in Richtung tieferer Steuereinnahmen aus. Auch die Stadt Zürich prognostiziere aktuell tiefere Steuererträge.

Die Zeit werde zeigen, ob der Stadtrat sich täusche.

Die SVP-Fraktion ersucht vor diesem Hintergrund derweil, sämtliche Spar- und Streichungsanträge zu unterstützen. Der Ertragsüberschuss möge für zusätzliche Vorfinanzierungen beim Schulhaus Hagen verwendet werden.

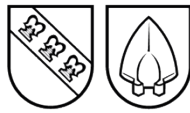
2.2.3 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, erlaubt sich namens der Mitteparteien einen nüchternen Blick auf den Voranschlag 2016. Der Zahl von Fr. 150'000.- komme hierbei eine grosse Bedeutsamkeit zu. Der Stadtrat habe einen Ertragsüberschuss in dieser Höhe budgetiert, was allgemein positiv zur Kenntnis zu nehmen sei. Derweil habe die Rechnungsprüfungskommission ein Potenzial von weiteren Fr. 450'000.- ausgemacht, wo sie denke, könne Weiteres eingespart werden.

Davon entfielen Fr. 150'000.- (also ein Drittel) auf Entwicklungen bzw. Anpassungen, die sich im Zeitraum zwischen stadträtlicher Budgeterstellung (Sommer) und parlamentarischer Budgetdebatte (Winter) ergeben hätten und dem reinen Nachvollzug bzw. der Aktualisierung angesichts gegebener Umstände dienen. Im konkreten Beispiel fallen die Beiträge für Kleinkinderbetreuung aufgrund eines übergeordneten Entscheid des Kantonsrates weg; dazu habe die kommunale Politik bzw. der Grosse Gemeinderat nichts beigetragen.

Der zweite Drittel betreffe die konsequente Nachverfolgung der eigenen Haltung der Rechnungsprüfungskommission hinsichtlich bzw. anlässlich bereits früherer Budgetdebatten entledigter Posten (z.B. die viel diskutierte Ersatzbeschaffung von Stühlen im Gasthaus Rössli, Illnau).

Die letzten Fr. 150'000.- beschlagen vier „neue“ Positionen, die aus der Kommission im Sinne eines Kompromisses zur Streichung beantragt werden; die Mitte behalte sich vor, diese mit unterschiedlicher Gewichtung zu unterstützen. Die Meinungen zu den Massnahmen zu Saläranpassungen beim kommunalen Personal divergieren auch bei den Mitteparteien durchaus stark.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Im Übrigen habe der Finanzvorstand korrekterweise zum Rückgang langfristiger Schulden referiert; konsequenterweise sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass aber auch die kurzfristigen Schulden nicht aus dem Blickfeld verloren gehen dürfen.

Wichtig scheint Gemeinderat Hasler zu dem die Bemerkung, wonach die Eingemeindung von Kyburg nicht als Verlustgeschäft bezeichnet werden dürfe. Politisch sei dies einem sehr glücklichen Entscheid gleichgekommen; finanzpolitisch möge allenfalls seitens des Stadtrates eine andere Haltung kolportiert worden sein.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine weiteren Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission das Wort zum Eintreten begehren. Die Diskussion steht nun dem Gesamtrat offen.

2.3 VOTEN RATSMITGLIEDER ZUM EINTRETEN

2.3.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Rööslī, SP, legt dar, wonach der stadträtliche Voranschlag gänzlich den Forderungen der Rechnungsprüfungskommission, welche diese bei der letztjährigen Budgetdebatte ins Feld geführt habe, entspreche.

Sie zitiert aus dem Ratsprotokoll der 17. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 18. Dezember 2014 anlässlich welcher der Voranschlag 2015 debattiert wurde:

„Die Rechnungsprüfungskommission erwarte, dass der Stadtrat ab Vorlage des Voranschlages zum Jahr 2016 aus eigenen Stücken deutlich schwarze Zahlen budgetiere. Deutlich schwarze Zahlen würden die Chance bieten, auf den einen oder anderen Leistungsabbau, wie ihn der Stadtrat plant, bei der Behandlung der Voranschläge 2016 bzw. 2017 nicht einzugehen.“

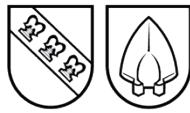
Schöne Worte seien das gewesen, ausgesprochen von Kommissionspräsident Käppeli.

Stadtrat und Verwaltung hätten im Rahmen der Erarbeitung des nun zu debattierenden Budgets grossartige Arbeit geleistet. Gemeinsam hätten sie den Sparwillen bekundet und auch zum Ausdruck gebracht.

Brigitte Rööslī bedankt sich bei allen beteiligten Stellen für deren Engagement und vermisst nun vor allem seitens der Rechnungsprüfungskommission den Moment des Innehaltens. Deren verschriftlichte Versprechungen seien dahin gefallen, derweil sie mit dem Sparhammer aushole und Vieles, was Stadtrat und Verwaltung erarbeitet hätten, nun zerstöre.

Dieses Gebaren sei gerade gegenüber dem städtischen Personal als wenig wertschätzendes Zeichen auszulegen. Die SP-Fraktion weiss um die Wichtigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich motiviert für die Sache einsetzen; mit den vorliegenden Kommissionsanträgen erweise sich die Rechnungsprüfungskommission selbst und der Stadt Illnau-Effretikon keinen Dienst.

Ferner zitiert Gemeinderätin Rööslī den Kommissionspräsidenten der Rechnungsprüfungskommission:



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.
BESCHLUSS-NR.

2016-1846

„Die Rechnungsprüfungskommission hätte es als Chance gewertet, wenn der Stadtrat Hand für einen gemeinsamen Effort von Exekutive und Legislative geboten hätte.“

Offenbar habe die Rechnungsprüfungskommission es verpasst bzw. unterlassen, diese Chance zu packen. Wäre Gemeinderätin Rösli in der Position des Stadtrates, würde sie bei der Erarbeitung des nächsten Voranschlages keinen grossen Effort mehr darauf verwenden, dem Budget eine derart hohe Detailgenauigkeit zu Grunde zu legen, da die Rechnungsprüfungskommission die Korrektheit ohnehin für sich gepachtet habe.

Das diesjährige Budget, so wie es die Rechnungsprüfungskommission mit Kürzungen zu versehen gedenkt, sei für Gemeinderätin Brigitte Rösli beschämend. Die Kommissionsmehrheit verkenne den Ernst der Lage und trage dazu bei, dass die Stadt Illnau-Effretikon noch mehr zu einer Schlafstadt verkomme. Kultur fände bald nur noch in den Städten Winterthur und Zürich statt.

Aus lauter Angst ein paar Franken Steuern einzubezahlen, hieße man sich selbst in einen Sparwahn. Die an den Tag gelegte Politik komme purem Egoismus gleich.

Gemeinderätin Rösli wird den Machenschaften der Rechnungsprüfungskommission aus ethischer und moralischer Verpflichtung nicht zudienen und in der Folge sämtliche Streichungsanträge verwerfen.

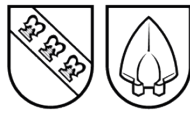
Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, bemüht die biblische Geschichte aus dem Buch Moses, wo auf sieben magere wiederum sieben fette Jahre folgen mögen. Diese Gesetzesmässigkeit gelte auch heute noch; die Ökonomen verwenden dafür heute allerdings den Begriff der mittelfristigen Konjunkturschwankungen.

Dem Grundsatz, wonach in den fetten Jahren Reserven für die mageren Jahre anzulegen seien, könne der Wahrheitsgehalt auch in der heutigen Zeit (und wohl bis in alle Ewigkeit) nicht abgesprochen werden.

Es lägen nun metaphorisch gesprochen sieben fette Jahre hinter uns; stark steigende Immobilienpreise begünstigen höhere Steuereinnahmen; tiefe Schuldzinskonditionen resultieren in tieferen Zinszahlungen; annähernde Vollbeschäftigung der Arbeitnehmenden lasse Schlüsse auf eine gute Zahlungsmoral bei den Steuerforderungen zu. Die boomende Börse trägt das ihrige zur guten Konjunkturlage bei.

Während der günstigen Zeitphase seien Reserven anzulegen und Schulden abzubauen. Die Stadt Illnau-Effretikon behändige sich aber gegenteiliger Aktionen, indem sie den Anteil Verpflichtungen gegenüber Dritten (Schulden) geradezu noch erhöhe.

Der momentan durch den Stadtrat angesichts der guten Liquiditätslage angeordnete Schuldenabbau sei von keiner langfristigen Strategie geprägt. Gemeinderat Zimmermann bezeichnet die stadträtliche Vorgehensweise als „Taschendiebstreich“, da die Verpflichtungen gegenüber Dritten in späteren Jahren ohnehin wieder erhöht oder mit festen Vorschüssen wieder überbrückt würden. Die einzige positive Bewandnis zeige sich im Umstand, wonach das eben zurückgezahlte Geld später zu besseren Konditionen wieder entlehnt werden könne.



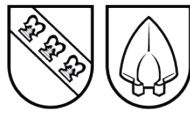
AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

Gemeinderat Zimmermann freut sich auf eine spannende Detailberatung und insbesondere auf die Steuerfussdebatte – sollte es eine solche überhaupt geben, nachdem sie anlässlich der letztjährigen Debatte unverhoffterweise dahin gefallen sei.

3. ABSTIMMUNG ÜBER EINTRETEN

Der Ratspräsident fragt den Grossen Gemeinderat an, ob nach der gewalteten Eintretensdebatte die weitere Behandlung des Geschäftes bestritten sei. Der Ratspräsident stellt fest, dass das Gremium ohne Gegenvotum auf das Geschäft mit Einstimmigkeit eintritt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

4 BERATUNG LAUFENDE RECHNUNG

In Umsetzung des eingangs durch *den Ratspräsidenten* erläuterten vorgesehenen Behandlungsganges orientiert sich die Detailberatung an der institutionellen Gliederung der Laufenden Rechnung. Spontane Einzelanträge sowie die Anträge der Rechnungsprüfungskommission werden in einem Umgang und entlang der Reihenfolge ihrer Kontogruppen behandelt.

Der Ratspräsident fragt sämtliche Kontogruppen, Seite für Seite des gedruckten Voranschlages ab.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

160 – STATAMMANN- UND BETREIBUNGSAMT

4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT HANS-JÜRG GEHRI, BDP 160.3160.00 MIETE PARKPLÄTZE

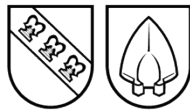
Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, bringt einen eigenen Antrag zur Halbierung der veranschlagten Position von Fr. 8'000.- auf Fr. 4'000.- ein. Die Position umfasse die Miete der in der Unterniveau-Garage des Stadthauses dem Betriebsamt zugewiesenen Parkplätze. Das Amt verfüge über genügend Parkplätze; die Anzahl Stellplätze, die in der Stadthausparkgarage der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, sei ohnehin bescheiden.

4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG GEHRI

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, gibt bei dieser Gelegenheit stellvertretend für die Mitteparteien bekannt, wonach sämtliche Einzelanträge, die Positionskürzungen, gänzliche Streichungen aber auch Mehreinnahmen umfassen, konsequent abgelehnt und mit dem entsprechenden Stimmverhalten quittiert würden.

4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG GEHRI

Der Stadtpräsident führt aus, wonach es sich hierbei um eine rein intern-buchhalterische Abbildung handle; die Aufwendungen werden den angeschlossenen Gemeinden in Rechnung gestellt. Mit Kürzung der Position schade sich die Stadt selber, indem der eigene Anteil in der Folge steigen würde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Angesichts der stadrätlichen Argumentation zieht *Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP*, den eben gestellten Antrag zurück.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

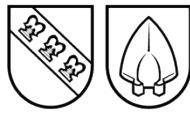
163 – ZENTRALER PERSONALDIENST

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
163.3010.10	Pauschalbetrag für Saläranpassungen (inkl. Sozialleistungen)	105'000	60'000	- 45'000 Dem städtischen Personal sollen weiterhin attraktive und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen geboten werden. Neben den zentralen qualitativen Faktoren (Arbeitsinhalte, Betriebskultur, Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitszeit, zusätzlich gewährte Ferienwoche, Entwicklungsmöglichkeiten etc.) zählt dazu auch eine angemessene Entlohnung. Für Fördermassnahmen und Einmalzulagen bei ausgewählten Mitarbeitenden soll im Jahre 2016 ein Betrag von Fr. 60'000.- zur Verfügung stehen. Dabei mitberücksichtigt ist, dass angesichts der prognostizierten negativen Teuerung von über 1 % zusätzlich alle Mitarbeitenden bereits von einer Real-lohnerhöhung profitieren.

Der Stadtrat und die Rechnungsprüfungskommission seien sich einig: Dem städtischen Personal sollen weiterhin attraktive und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen zu Teil werden. In diesem Zusammenhang sei aus zahlreichen Untersuchungen bekannt, dass für eine hohe Arbeitszufriedenheit primär qualitative Faktoren wie der eigentliche Arbeitsinhalt, eine gute Betriebskultur, Gestaltungsfreiräume und Entwicklungsmöglichkeiten sowie ein gutes Vorgesetzten-Mitarbeitenden-Verhältnis entscheidend



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

seien. Von den Mitarbeitenden geschätzt werden zudem eine hohe Arbeitsplatzsicherheit, flexible Arbeitszeiten und eine angemessene Entlohnung.

Im Vorjahr habe das Parlament bei einer faktischen Nullteuerung Fr. 90'000.- für individuelle Lohnerhöhungen beschlossen. Der Stadtrat habe davon, wie die RPK auf Nachfrage informiert worden sei, Fr. 75'000.- ausgeschöpft und jedem vierten städtischen Mitarbeitenden einen Stufenanstieg und damit eine individuelle Lohnerhöhung gewährt.

Die Rechnungsprüfungskommission beantrage, auch 2016 wieder zusätzliche Mittel für individuelle Lohnerhöhungen ins Budget aufzunehmen. Eine RPK-Minderheit spreche sich für die durch den Stadtrat beantragten Fr. 105'000.- aus, eine RPK-Mehrheit empfehle derweil den Betrag für Saläransparungen bei Fr. 60'000.- festzusetzen.

Gemeinderat Käppeli begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit wie folgt:

Dank der Negativteuerung, die aktuell – Stand November – bei -1.4 % liege, würden alle Mitarbeitenden von einer bereits beachtlichen Realloohnerhöhung profitieren. Die sinkenden Konsumentenpreise und die Frankenstärke hätten auch andere Arbeitgeber bei den Lohnmassnahmen für 2016 mitberücksichtigt.

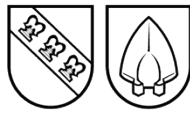
Zudem kämen in Illnau-Effretikon die städtischen Mitarbeitenden seit diesem Jahr in den Genuss einer zusätzlichen Ferienwoche. Dies sei begrüssenswert und trage zu einer gesunden Work-Life-Balance bei.

Im Weiteren soll zur Ergänzung der generellen Realloohnerhöhung und zur zusätzlich gewährten Ferienwoche im Budget 2016 wiederum ein Zusatzbetrag für individuelle Lohnerhöhungen eingestellt werden. Der Stadtrat soll auch nächstes Jahr über die Möglichkeit verfügen, ausgewählten Mitarbeitenden Stufenanstiege zu gewähren und besonders gute Leistungen angemessen zu honorieren. So würde das Ratsplenum also auch beim vorliegenden RPK-Mehrheitsantrag – obwohl der Stadtrat dies nun nicht gerne hören möge – nicht über eine Lohnkürzung, sondern über einen zusätzlichen Betrag für Lohnerhöhungen zugunsten der städtischen Mitarbeitenden sprechen.

Im Übrigen zeigen Umfragen, wonach im Jahre 2016 die durchschnittlichen Lohnerhöhungen in allen Branchen im öffentlichen und privaten Sektor tiefer ausfallen als im Vorjahr. Der Antrag des Stadtrates auf Erhöhung des Pauschalbetrages gegenüber dem Vorjahr trage diesem Umstand nicht Rechnung. Der Antrag der RPK-Mehrheit, den Betrag für Lohnerhöhungen auf Fr. 60'000.- festzulegen, sei demgegenüber gut vertretbar.

Letztendlich seien die Leistungen der Stadtangestellten wichtig und verdienen die Anerkennung der politischen Instanzen. Und allen sei bekannt: Allein mit einer jährlichen Lohnerhöhung, egal wie hoch sie ausfalle, käme die Wertschätzung nicht zum Ausdruck. Wertschätzung beruhe vielmehr auch auf vielen kleinen Zeichen im Alltag. Ein Gruss, Zeit für ein Gespräch, ein persönlicher Dank, ein Lob für eine besonders tolle Arbeit, eine Einladung zum Kaffee und vieles mehr seien die kleinen Dinge in der täglichen Zusammenarbeit, die oft ebenfalls Grosses bewirken.

Der Kommissionspräsident hofft, dass sich die Ratsmitglieder dies vor Augen halten, wenn nun die Diskussion zum ersten, grossmehrheitlich gefassten RPK-Antrag folge.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, moniert noch während des Käppeli'schen Votums dessen Länge; der Ratspräsident lässt gewähren.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, bekräftigt namens der angeschlossenen Fraktion deren einstimmige Unterstützung des Kommissionsmehrheitsantrages.

Obschon sich das wirtschaftliche Umfeld in der Schweiz verändere und dies zu Entlassungen und Arbeitszeiterhöhungen bei der UBS, der Credit Suisse, der Zürich Versicherungen, der Schweizerischen Post, den Schweizer Bundesbahnen, usw. führe, könne sich die Stadt glücklich schätzen, wenn ihr Fr. 60'000.- für individuelle Lohnanpassungen verbleiben. Dies biete dem Stadtrat genügend Spielraum, ausserordentliche Leistungen zu würdigen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Der Stadtpräsident begrüsst insbesondere das städtische Personal, welches sich vereinzelt auf der Tribüne eingefunden hat, um den Sitzungsverlauf zu verfolgen.

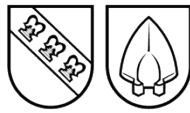
Der Stadtrat legt Wert auf anerkennende Wertschätzung und Zuwendung gegenüber des städtischen Personals, welches auch im sich zu Ende neigenden Jahr hervorragende Arbeit geleistet habe, was gezielte Saläranspassungen autorisiere.

Die Stadt Illnau-Effretikon möchte weiterhin als attraktive Arbeitgeberin auftreten und dies auch weiterhin tun können. Eine gute wertschätzende Betriebskultur könne nur aufrechterhalten bleiben, wenn sich die Stadt die Dienste der besten Mitarbeitenden auf dem Markt zu sichern vermag.

Bei Vorstellungsgesprächen zeige sich bereits heute, wonach sich die salärtechnischen Möglichkeiten der Stadt am unteren Ende der Bandbreite der Vorstellungen der Bewerbenden bewegen. In der Regel sollen sich städtische Angestellte erst mit den Jahren und guten Leistungen um höhere Saläreinreihungen verdient machen, stelle das Parlament dafür aber keine Gelder zur Verfügung, sei klar, dass dieses Konzept nicht mehr von Erfolgen gekrönt sein könne. Die bestqualifizierten Mitarbeitenden werden in der Folge die Stelle wechseln, und sich Arbeitgeber suchen, die entweder über ein besseres Salärsystem oder über höhere Einstiegsgehälter verfügen.

Der Stadtrat fördere so das Mittelmass, was gänzlich nicht seiner Personalstrategie entspreche. Jungen und guten Mitarbeitenden möge eine attraktive Entwicklungsmöglichkeit geboten werden.

Der Stadtpräsident tituliert die Argumentation der Kommissionsmehrheit hinsichtlich Realloohnerhöhung in Bezug auf den Teuerungsstand als absurd und gefährlich; gleichzeitig kann sich der Vorsitzende des Stadtrates den Hinweis nicht verkneifen, wonach die Ökonomie eben doch keine exakte Wissenschaft sei. Da könne man auch Hellseher Mike Shiva um einen Blick in die Kristallkugel bitten und die Trefferquote würde etwa ähnlich akkurat ausfallen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Gelächter im Saal.

Die angeführte Negativ-Teuerung könne aber auch in Realität mit beispielsweise 11 % höher ausfallen- den Krankenkassenprämien das Argumentationsgerüst der Kommissionsmehrheit zum Einsturz bringen. Für das gemeine Volk ginge die Theorie somit nicht auf.

Zur von der durch die Kommissionsmehrheit ins Argumentationsfeld geführten fünften Ferienwoche führt Stadtpräsident Ueli Müller aus, wonach von den fünf lediglich deren zwei reine Tage verbleiben; da die anderen drei Tage durch Brückentage bzw. Personalausflug dahin fielen und nun den Ferien zugeschlagen wurden.

Stadtpräsident Müller appelliert abschliessend an die Glaubwürdigkeit des Grossen Gemeinderates. Letztes Jahr kürzte der Grosse Gemeinderat bei derselben Position Fr. 85'000.- und vertröstete das Personal auf dieses Jahr. Nun mache die Kommissionsmehrheit beliebt, erneute Kürzungen zu vollziehen, nachdem in diesem Jahr die Vorzeichen des Gesamtbudgets dies eindeutigerweise zulassen würden.

Der Stadtpräsident ersucht das Ratsplenum, den stadträtlichen Antrag zu stütze und jenen der Kommissionsmehrheit abzulehnen.

Die Ratslinke spendet Applaus, während Ratspräsident Eichenberger feststellt, dass auch der Stadtpräsident die ihm zugemessene Redezeit arg strapaziert habe.

4.4 WEITERE DISKUSSION

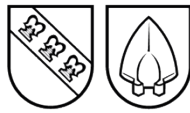
4.4.1 GEMEINDERAT ROGER MIAUTON, SVP

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, kann sich aufgrund eigener beruflichen Erfahrungen nicht vorstellen, dass die Anstellungskonditionen der Stadt nicht marktfähig seien, insbesondere da sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt derzeit gut präsentiere.

Wenn es auch der Sitte unüblich ist, wonach sich zwei Mitglieder des Stadtrates zu einem Thema äussern, so gestattet *der Ratspräsident* dem Finanzvorstand, sich kurz an das Plenum zu richten.

4.4.2 STADTRAT PHILIPP WESPI, JLIE

Stadtrat Wespi, JLIE, versichert auch namens des Ressorts Finanzen, wonach die Stadt sich die im Voranschlag eingestellte Position sehr wohl zu leisten vermöge. Es biete sich nun eine Gelegenheit, die alsobald vielleicht nicht mehr zu Tage treten werde. Stadtrat Wespi zeigt die Entwicklung der diesbezüglichen Ausgaben seit dem Jahre 2008 anhand einer Grafik auf; diese zeigt eine sinkende Entwicklung. Der durch die Kommissionsmehrheit beantragte Etat von Fr. 60'000.- weise den tiefsten Wert seit Anbeginn der auf der Grafik dargestellten Zeitlinie aus.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Der Stadtrat bediene sich nicht des Giesskannenprinzipes; vielmehr möchte er Talente in der Stadtverwaltung fördern; Mitarbeitende, welche gute Leistungen erbringen, mögen längerfristig gebunden werden können.

Der Grosse Gemeinderat verunmögliche mit einem Negativ-Entscheid dem Stadtrat eine weitsichtige Durchsetzung der durchdachten Personalstrategie.

Die Stadt vergleiche sich mit den Gegebenheiten auf kantonaler Stufe und nicht etwa mit den Verhältnissen der Privatwirtschaft. Rotationsgewinne fallen auf kantonaler Ebene etwa dem Personaletat zu, während sie bei der Stadt Illnau-Effretikon zu Gunsten des allgemeinen Finanzhaushaltes deklariert werden.

Die Verwaltung leiste derzeit Ausserordentliches. Nebst dem Tagesgeschäft widme sie sich dem Eingemeindungsprozess von Kyburg, dem Sparpaket, der Behörden- und Verwaltungsreorganisation usw. All dies geschehe nicht von alleine, dahinter stünden brillante Köpfe, die all dies ausarbeiten, Entscheidungsgrundlagen schaffen und diese auch durchsetzen. Die Verwaltung habe bislang darauf verzichtet, externe Mandate beizuziehen; sämtliche Projekte werden mit internen Ressourcen bewältigt; würde die Stadt externe Beratungen beauftragen, schliege dies mit frapanten Mehrkosten zu Buche.

Heuchlerisch und schönfärberisch gebe die Kommissionsmehrheit zu Protokoll, wonach sie den Stadtrat bei der Umsetzung einer attraktiven Personalpolitik unterstützen und dafür die notwendigen Grundlagen bereitstellen möchte.

Stadtrat Wespi redet sich derart mit Feuer und Flamme in Rage, dass er in seinem Votum den roten Faden verliert

Gelächter im Ratssaal.

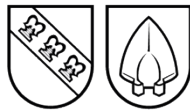
Stadtrat Wespi ersucht das Ratskollegium eindringlichst, dem stadträtlichen Antrag stattzugeben und in der Folge den Kommissionsantrag abzulehnen.

Von der Zuschauertribüne her erschallt eine ausgiebige Applausbekundung, was der Ratspräsident in der Folge strikte untersagt.

4.4.3 GEMEINDERÄTIN TANJA BISCHOF, EVP

Gemeinderätin Tanja Bischof, EVP, fühlt sich provoziert, sich zu Wort zu melden.

Gewisse Äusserungen stossen ihr sauer auf; sie stellt die rhetorische Frage in den Raum, ob von den diskussionsführenden Personen schon jemals welche eine Familie mit vier- oder fünftausend Franken hätten durchbringen müssen. In der Realität und den vorherrschenden Verhältnissen auf tiefem Niveau würden jede hundert Franken zählen, die es Familien ermöglichen, Ausflüge oder Ferien zu erleben. Die finanziellen Anreize seien eine wichtige Wertschätzung.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

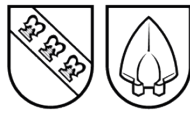
DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
163.3010.10	Pauschalbetrag für Saläranpassungen (inkl. Sozialleistun- gen)	45'000.-	60'000.-	20:14	RPK

An dieser Stelle unterbricht das unüberhörbare – mit lautem Knall – Zuschlagen der Türe zum Zuschauerraum die Ratsverhandlungen. Der Ratspräsident ermahnt sowohl die Zusehenden als auch die Diskussionsredner zu Sitten und Anstand im Parlamentsbetrieb.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES 170 – KULTUR

- 4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT DANIEL NUFER, SP
170.3180.00 KULTURELLE VERANSTALTUNGEN

Gemeinderat Daniel Nufer, SP, bringt einen Einzelantrag zur Aufstockung des Positionsetats um Fr. 20'000.- von bisher Fr. 60'000.- auf neu Fr. 80'000.- ein. Das kulturelle Angebot der Stadt sei zu fördern, da es von vielen Personen am Ort sehr geschätzt werde.

- 4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG NUFER

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, gibt bei dieser Gelegenheit stellvertretend für die angeschlossene Fraktion bekannt, wonach sämtliche Einzelanträge, die Positionskürzungen, gänzliche Streichungen aber auch Mehreinnahmen umfassen, konsequent abgelehnt und mit dem entsprechenden Stimmverhalten quittiert würden.

- 4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG NUFER

Keine Wortmeldung.

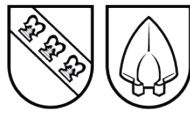
- 4.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG NUFER
KULTURELLE VERANSTALTUNGEN

DER GROSSE GEMEINDERAT

– beziehend auf den Antrag von Gemeinderat Daniel Nufer betreffend Kto. Nr. 170.3180.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Erhöhungsantrag von Gemeinderat Daniel Nufer, SP, die unter Position 170.3180.00, Kulturelle Veranstaltungen, genannten Fr. 60'000.- um Fr. 20'000.- auf Fr. 80'000.- zu erhöhen, wird mit grossem Mehr abgelehnt.
- _____



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

185 – WIRTSCHAFT/ENTWICKLUNG

- 4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP
185.3640.00 PARTNERSCHAFTEN INLAND

Gemeinderätin Brigitte Rööslī, SP, bringt einen Einzelantrag zur Aufstockung des Positionsetats um Fr. 15'000.- von bisher Fr. 55'000.- auf neu Fr. 70'000.- ein. Die Stadt Illnau-Effretikon und das Calanca-tal pflegen eine langjährige traditionelle Verbindung; die Gemeinde Calanca sei eine der ärmsten Schweizer Gemeinden, weshalb Unterstützungsleistungen im besagten Umfange gerechtfertigt seien.

- 4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG RÖÖSLI

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, zeigt sich ob dem Diskussionsverlauf des heutigen Abends erstaunt. Fern von jeglichem ökonomischen Wissen würden Anträge gestellt.

Der Kanton Graubünden schüttele den fraglichen Berggemeinden Fr. 26 Mio. an Unterstützungszahlungen aus, während der Kanton Zürich diese mit Fr. 16 Mio. bedacht.

Es scheine daher gerechtfertigt, die Zahlungen aus Illnau-Effretikon auf dem heutigen, gekürzten Niveau zu belassen.

- 4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG RÖÖSLI

Keine Wortmeldung.

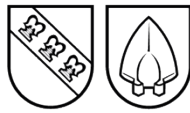
- 4.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG RÖÖSLI
PARTNERSCHAFTEN INLAND

DER GROSSE GEMEINDERAT

– beziehnehmend auf den Antrag von Gemeinderätin Brigitte Rööslī betreffend Kto. Nr. 185.3640.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Erhöhungsantrag von Gemeinderätin Brigitte Rööslī, SP, die unter Position 185.3640.00, Partnerschaften Inland, genannten Fr. 55'000.- um Fr. 15'000.- auf Fr. 70'000.- zu erhöhen, wird mit grossem Mehr abgelehnt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

185 – WIRTSCHAFT/ENTWICKLUNG

- 4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP
185.3670.00 ENTWICKLUNGSPROJEKTE

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, bringt einen Einzelantrag zur Aufstockung des Positionsetats um Fr. 14'000.- von bisher Fr. 56'000.- auf neu Fr. 70'000.- ein. Die Stadt Illnau-Effretikon pflegt eine langjährige Tradition im Bereich der Entwicklungshilfe, wo sie sich zusammen mit den ortsansässigen Kirchen karitativ betätigt. Gemeinderätin Röösl appelliert an die CVP, diesen Antrag zu stützen, müsste das Ansinnen doch auch in deren Sinne sein.

- 4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG RÖÖSLI

Keine Wortmeldungen.

- 4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG RÖÖSLI

Keine Wortmeldung.

- 4.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG RÖÖSLI
ENTWICKLUNGSPROJEKTE

DER GROSSE GEMEINDERAT

– beziehend auf den Antrag von Gemeinderat Brigitte Röösl betreffend Kto. Nr. 185.3670.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Erhöhungsantrag von Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, die unter Position 185.3670.00, Kulturelle Veranstaltungen, genannten Fr. 56'000.- um Fr. 14'000.- auf Fr. 70'000.- zu erhöhen, wird mit grossem Mehr abgelehnt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 300

303 – PRIMARSCHULE

4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT PAUL ROHNER, SVP 303.3174.00 SKILAGER

Gemeinderat Paul Rohner, SVP, bringt einen Einzelantrag zum Ressort Schule ein, wozu sich gemeinhin niemand getraue, Fragen anzumerken oder Vorgänge zu hinterfragen. Das Ressort Schule geniesse gemeinhin den unantastbaren Status einer „heiligen Kuh“.

In den vergangenen Jahren wurden Kosten im Millionenumfang in die Höhe getrieben. Ob die Schule im gleichen Masse besser geworden, wie sie auch teurer geworden sei, bleibe dahin gestellt. 2014 schlugen die Ausgaben im Bereich Schule noch mit Fr. 24.3 Mio. zu Buche, wo sie nun ein Jahr später bereits bei Fr. 25.1 Mio. schliessen.

Die Investitionen im Bereich der Bildung seien wichtig; dies stünde ausser Frage. Diskussionsgegenstand sei vielmehr der Umstand, ob man sich alles leisten müsse, was gemeinhin einfach eingeplant und vorgesehen sei.

In der Folge stellt Gemeinderat Rohner den Antrag, die Budgetposition für Schneesportlager zu kürzen; könne man doch jetzt ohnehin noch nicht vorhersagen, ob diese angesichts der klimatischen Verhältnisse überhaupt stattfinden können. Bisher budgetiert waren pro Jahr alternierend jeweils Fr. 30'000.- bzw. im darauffolgenden Zyklus Fr. 60'000.-. Zudem veranschlage die Schule Projektwochen im Umfang von Fr. 40'000.-. Der Voranschlag 2016 präsentiere sich gesamthaft nicht derart glorreich, dass damit Fr. 100'000.- sinnvoll gerechtfertigt werden könnten.

Gemeinderat Rohner macht beliebt, die fragliche Position auf Fr. 30'000.- zu kürzen und verzichtet im Gegenzug darauf, die korrespondierende Position bei der Oberstufe ebenso zu streichen.

4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG ROHNER

Keine Wortmeldungen.

4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG ROHNER

Die zuständige *Stadträtin Erika Klossner-Locher, FDP*, macht beliebt, die diesbezügliche Stellungnahme dem zuständigen Referenten der Rechnungsprüfungskommission zu übertragen, da dieser ohnehin wohl besser Bescheid wisse.

Anschwellende Erheiterung im Ratssaal.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Stellung nimmt Kommissionsmitglied *René Truninger, SVP*. Laut dessen Ausführungen werde der Betrag jeweils mit alternierender Grösse in den Voranschlag aufgenommen, da die Zahl teilnehmender Klassen von Jahr zu Jahr divergiere.

Stadträtin Erika Klossner-Locher ergänzt nur insofern, als dass sich die Truninger'schen Ausführungen auf die Klassenlager und nicht auf die Schneesportlager bezogen hätten. Bei den Skilagern fallen zudem Erträge ins Gewicht, die buchhalterisch ebenso abzubilden seien.

4.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG ROHNER SKILAGER

DER GROSSE GEMEINDERAT

– beziehend auf den Antrag von Gemeinderat Paul Rohner betreffend Kto. Nr. 303.3174.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Kürzungsantrag von Gemeinderat Paul Rohner, SVP, die unter Position 303.3174.00, Skilager, genannten Fr. 62'500.- um Fr. 32'500.- auf Fr. 30'000.- zu reduzieren, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

LAUFENDE RECHNUNG

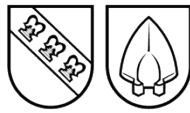
KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

400 – ABTEILUNG HOCHBAU

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
400.3650.00	Heimatschutz/ Denkmalpflege	62'500	22'500	- 40'000
				Das kommunale Inventar ist weit gereift. Aktive Massnahmen des Stadtrates für noch weitergehenden Denkmalschutz sollen deutlich reduziert werden. In absehbarer Zeit sollen vom Stadt-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.
BESCHLUSS-NR.

2016-1846

rat keine eigenen Initiativen mehr gestartet und zu diesem Zweck Gutachten in Auftrag gegeben werden. Ein verbleibender Budgetposten soll dazu dienen, zwingend erforderliche Abklärungen vorzunehmen.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.2.1 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, erklärt namens der Kommissionminderheit Sinn und Zweck einzuholender Gutachten im Bereich des Heimatschutzes und der Denkmalpflege. Im Weiteren leitet er anhand der Ausführungen im jährlich erscheinenden stadträtlichen Geschäftsbericht die durchschnittlich pro Jahr einzusetzenden Aufwendungen her. Im Verlauf der letzten fünf Jahre seien insgesamt 100 Projekte betreut worden; was Kosten von gesamthaft Fr. 400'000.- generierte – in der Folge ist von Kosten von jährlich Fr. 80'000.- auszugehen. Der Stadtrat habe in Konsequenz des Sparpaketes aber mitnichten jenen, sondern einen tieferen, Betrag eingesetzt.

Die Gelder werden für Bauberatungen, -begleitungen und Vernehmlassungen eingesetzt; sie dienen Bauherrschaften im Sinne einer Dienstleistung, wenn diese beabsichtigen, an ihren inventarisierten Objekten bauliche Veränderungen vorzunehmen. Die Kosten werden nur im Bedarfsfall ausgelöst.

Komme das Parlament nun zum Schluss, die veranschlagte Position in ihrem Umfang zu kürzen, so könne sie keine kundenorientierte Dienstleistung mehr erbringen und müsste Entscheide von Bauherrschaften so vertagen bzw. priorisieren, dass sie mit den Budgetvorgaben einher gehen.

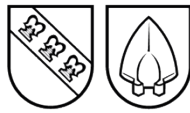
Gemeinderat Hasler kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dieser Antrag als Mittel genutzt wird, sich für den Nebenschauplatz beim Dorfplatz Illnau zu rächen, wo ein Gebäude – die vielzitierte Liegenschaft Usterstrasse 23 – und deren Inventarisierung die Gemüter erregt und sich derzeit auch die Gerichte mit beschäftigen.

4.2.2 GEMEINDERÄTIN MICHÈLE VÖGELI, JLIE

Gemeinderätin Michèle Vögeli, JLIE, verwehrt sich gegen die durch Vorredner Hasler in den Raum gestellte Behauptung, wonach der Antrag der Kommissionsmehrheit als Reaktion zum Gerichtsurteil in Sachen Inventarentlassung Usterstrasse 23 auszulegen sei.

Der Antrag wurde in dieser Form alljährlich im Rahmen der Budgetberatung in die Rechnungsprüfungskommission getragen; und in diesem Jahr habe er dort Gehör gefunden und sich nun insofern durchzusetzen vermocht, als er nun im Gesamtrat zur Debatte stünde.

Der Heimatschutz möge auf ein Minimum beschränkt werden, treibe er doch bisweilen seltsame, gar absurde Blüten. Die Renovationskosten von einem 10 m² Grundfläche umfassenden WC-Häuschen beim Bahnhof Illnau beschlug dank des Heimatschutzes Kosten von Fr. 120'000.-. Die im gekürzten Budgetposten eingestellten Gelder mögen für Beurteilungen eingesetzt werden, wo diese tatsächlich sinnvoll seien.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

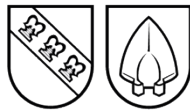
4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, taxiert den „weit gereiften“ Antrag der Kommissionsmehrheit als unsachgemäss, basiere er doch auf einem Grundlagenirrtum. Damit liesse sich nicht der Bestand bzw. die Anzahl der im Inventar schützens- bzw. erhaltenswerter Bauten figurierender Objekte lenken. Der Stadtrat hege keine Absichten, das Inventar zu verändern.

Der unter dieser Kostenposition eingestellte Betrag sei für die Ausarbeitung von Gutachten zur Bearbeitung von Baugesuchen vorgesehen, die von Eigentümern zur baulichen Veränderung bereits inventarierter Objekte eingereicht würden. Diesem Prozess komme im Baubewilligungsverfahren übergeordnete Bedeutsamkeit zu, seien diese Grundlagen doch in einem allfälligen Rechtsstreit von evidenter Wichtigkeit.

Baubehörde und Stadtrat können die Zahl entsprechend eingehender Baugesuche im nächsten Jahr nicht voraussehen.

Stadtrat Fürst appelliert an das Plenum, den Entscheid gut abzuwägen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

4.4 WEITERE DISKUSSION 4.4.1 GEMEINDERAT ERIK SCHMAUSSER, GLP

Zum Votum von Vorrednerin Vögeli fügt *Gemeinderat Erik Schmausser, GLP*, an, wonach die Realisation eines neuen WC-Häuschens beim Illnauer Bahnhof mit mindestens gleich hohen Kosten zu Buche geschlagen hätte; allerdings wäre eine neue Toilettenanlage wohl im Stile einer „Blechbüchse“ ausgefallen. Es gelte, kulturelles Erbe zu erhalten.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
400.3650.00	Heimatschutz/ Denkmalpflege	62'500	22'500	18:15 (bei 2 Enthaltungen)	RPK
_____	_____	_____	_____	_____	_____

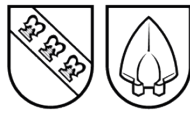
LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
420.3114.00	Anschaffung Mobili- en	128'000	58'000	- 70'000 Auf die Neuanschaffung der noch nicht zehn Jahre alten Rössli-Stühle für 70'000 Franken soll in den kommenden Jahren weiterhin verzichtet werden. Die Stühle haben das Ende ihrer Nutzungsdauer noch nicht erreicht. Gemäss Auskunft des Stadtrats mussten in den Jahren 2013, 2014 und 2015 je sechs Stühle repariert werden, was bisher einen externen Aufwand von rund 3'000 Franken auslöste. Begründung Streichung Rössli-Stühle im Vorjahr: Die Rössli-Stühle, die ersetzt werden sollen, wurden nach Auskunft Stadtrat im Jahre 2006 für Fr. 50'000.- beschafft. Diese Stühle bereits wieder zu ersetzen (150 neue Stühle), ist kaum nachhaltig. Allfällig defekte Stühle reparieren.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT PETER VOLLENWEIDER, BDP

Gemeinderat Peter Vollenweider, BDP, setzt sich für den Erhalt dieses Budgetpostens ein. Ein weiterer Aufschub dieser Anschaffung wirke sich für das Gasthaus mit zunehmender Abnutzung der Stühle reputationsschädigend aus, drohen die Sitzmöglichkeiten doch nächstens zu bersten; die Stühle seien ohnehin unbequem. Nicht auszudenken, was die Folgen wären, würde sich jemand verletzen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, sekundiert die Aussagen von Gemeinderat Vollenweider und hat der Sache nichts mehr hinzuzufügen.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
420.3114.00	Anschaffung Mobilien	128'000	58'000	19:11 (bei 5 Enthaltungen)	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
420.3140.70	Baulicher Unterhalt AZB	255'000	175'000	- 80'000
				Gleiche Begründung wie im Vorjahr: Bei einem so neuen Gebäude sollten in den nächsten Jahren zum Wert-erhalt 0.3 % der Versiche-rungssumme der GVZ aus-reichen. Demgegenüber möchte der Stadtrat für 2016 0.9 % des GVZ-Wertes budgetieren.
				Hinweise: Der verbleibende Budgetbetrag von Fr. 175'000.- würde dem Be-schluss wie Vor-an-schlag 2015 entsprechen (Fr. 20'000.- Baulicher Unterhalt plus Fr. 155'000.- Servicever-träge [bisher Kto.: 420.3156.01]). Zudem ist zu berücksichtigen, dass die ersten Fr. 100'000 Unter-haltskosten vom AZB zu tragen sind.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, legt die Budgetierungsweise zu Immobilien vom Grundsatz her dar. Man budgetiere aufgrund von Erfahrungswerten in Kenntnis der Historie der einzelnen Liegenschaften; bereits jetzt setze man Aufwendungen unterhalb der Mittelwerte ein.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Der Betrieb des Alterszentrums laufe auf Hochtouren; derzeit herrsche Vollbelegung vor. Es versteht sich von selbst, wonach sich Elemente und Betriebseinrichtung durch stetigen Gebrauch abnutzen. Verzichte man darauf, laufenden Unterhalt zu tätigen, so räche sich dies später mit höheren Investitionskosten.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
420.3140.70	Baulicher Unterhalt AZB	255'000	175'000	Grossmehrheitliche Unterstützung	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 600 SOZIALES

635 – ALIMENTE KLEINKINDERBETREUUNG

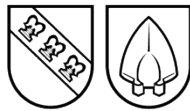
4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
635.3662.00	Beiträge für Kleinkinderbetreuung	550'000	410'000	- 140'000
				Wesentliche Veränderungen seit Verabschiedung des Voranschlages durch den Stadtrat sollen ins bewilligte Budget einfließen. Der Kantonsrat wird voraussichtlich die Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge beschliessen; ein Referendum ist nicht zu erwarten. Ab Frühjahr 2016 können aufgrund dieses übergeordneten Entscheids keine neuen Gesuche mehr eingereicht werden. Für bereits bewilligte Gesuche wird eine Übergangsfrist bis Herbst 2016 gelten. Der Wegfall, den der Stadtrat begrüsst („soll schnellstmöglich gestrichen werden“; vgl. Antrag Stadtrat, S. 3), soll im Voranschlag berücksichtigt werden. Der zuständige Stadtrat rechnet aufgrund des zu erwartenden Wegfalls für 2016 mit einer Aufwandreduktion von Fr. 140'000.-.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Namens des Stadtrates gibt Ressortvorstand Soziales, *Samuel Wüst, SP*, bekannt, wonach das Parlament diese Position gestrichen werden könne. Auf übergeordneter kantonaler Stufe deuten alle Zeichen darauf hin, dass das Kantonsparlament die Kleinkinderbetreuungsbeiträge in dieser Form aufheben würde.

Angesichts aktueller Entwicklungen sei es allenfalls sogar denkbar, der bei dieser Position wegfallende Betrag bei der Flüchtlingsbetreuung einzustellen.

Diese Aussage nicht ungehört, erkundigt sich *Kommissionspräsident Käppeli* sofort nach neusten Entwicklungen in diesem Bereich. Der Stadtrat habe es in der Folge unterlassen, über wesentliche Veränderungen zu orientieren.

Keine weitere Kommentierung des Stadtrates.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BE- TRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
635.3662.00	Beiträge für Kleinkinderbe- treuung	550'000	410'000	Grossmehrheitliche Unterstützung	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 800 SOZIALES

816 – FEUERWEHR

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

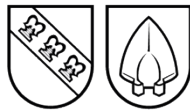
KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
816.3114.00	Anschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen	80'000	25'000	- 55'000 Die vorgebrachten stadt-rätlichen Argumente für einen Ersatz des Picket-Offiziers-Fahrzeuges der Feuerwehr überzeugten eine RPK-Mehrheit in den Vorberatungen nicht. Das Fahrzeug [Jahrgang 2007; Km-Stand: 57'400] scheint noch in einem ausreichend guten Zustand zu sein. Es soll noch einige Jahre im Einsatz bleiben.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Namens des Stadtrates gibt Ressortvorsteherin, *Salome Wyss, SP*, bekannt, wonach die Stadt ihren Fahrzeugen hinreichend Sorge trage; allerdings sei das Gefährt infolge intensivsten Gebrauchs in den vergangenen acht Jahren reparaturbedürftig. Schon damals habe man sich einer Notlösung bedienen müssen; auch dannzumal fürchtete man sich davor, wonach, der Grosse Gemeinderat etwelche höhere Anschaffungskosten nicht goutieren würde. Es sei nun abzuwägen, ob die anstehenden Reparaturen noch in einem Verhältnis zum Fahrzeugwert stehen. Die Anforderungen an ein solches Arbeitsgerät seien in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen; diese vermöge das gegenwärtige Fahrzeug nicht mehr zu erfüllen. Für notwendiges Einsatzmaterial (Notfallsignalisation, Computer, usw.) bestünde nur unzureichender Stauraum. Die Platzverhältnisse und Ablageflächen sind zu klein dimensioniert. Das Fahrzeug werde auch den unterschiedlichen Körpergrössen der verschiedenen Korpsoffiziere nicht mehr gerecht; das Lenken des Fahrzeuges gestalte sich daher zum Teil sehr ungestüm. Die manuelle Getriebebeschaltung verunmögliche das gleichzeitige Bedienen von Lenkrad, Funkgerät und weiteren



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Kommunikationsmitteln im Einsatzfall. Der Erhalt eines Fahrzeuges, das nachhaltig seinen Zweck nicht mehr zur Zufriedenheit zu erfüllen vermag, beurteilt der Stadtrat als nicht sinnvoll.

Die Gebäudeversicherung des Kantons Zürich GVZ stelle der Feuerwehroorganisation von Illnau-Effretikon ein hervorragendes Zeugnis aus. Sie stelle dabei fest, dass die Kosten pro Einwohner mit Fr. 29.- gar unter dem kantonalen Durchschnitt von Fr. 47.-. liegen. Die Feuerwehr erfülle für die Öffentlichkeit Aufgaben von unschätzbarem Wert. Sie sei dieses Jahr im Umfang von über 2'000 Stunden bereits 260 Mal zu Einsätzen ausgerückt; 30 % von diesen Operationen entfallen dabei auf Wochenendtage. Da nützen auch Aussagen, wie sie beispielsweise Gemeinderat Herbert Kempf bereits verlautbaren liess, wonach die anderen Organisationen halt zu teuer seien, nichts.

Das Korps der Feuerwehr sei für die Verrichtung ihrer wertvollen Arbeit darauf angewiesen, dass ihm zweckmässige, funktionierende und zeitgemässe Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, kennt als erfahrener Automechaniker das fragliche Fahrzeug aufgrund eigener Inspektionen bestens. Es erfülle die technischen Anforderungen nach wie vor und befinde sich in einem guten Zustand. Das Einsatzgerät könne gar in einen Streifenwagen für die Stadtpolizei umgenutzt werden. Im Übrigen sei das Fahrzeug hinsichtlich seiner Ausstattung „vergoldet“.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BE- TRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
816.3114.00	Anschaffung von Maschi- nen, Geräten und Fahrzeu- gen	80'000	25'000	Grossmehrheitliche Unterstützung	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 900 JUGEND UND SPORT

950 – SCHWIMMBAD UND KUNSTEISBAHN

4.1 ANTRAG DER RPK

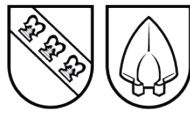
Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
950.3114.00	Anschaffung Maschinen/Fahrzeuge	85'000	50'000	- 35'000 Gemäss Stadtrat sollen für die Eselriet-Fussballplätze zwei Rasenmäherboter für je Fr. 17'000.- (inkl. Installation) beschafft werden. Einer RPK-Mehrheit fehlte in den Vorberatungen der greifbare und verlässliche Nachweis, dass diese Anschaffung innert ca. 2 Jahren amortisiert sein soll (weniger Mähen durch Gartenbauunternehmen und weniger Abführen der Waldrandkompostierung). Es wird vielmehr befürchtet, dass die Mäherboter einen grossen Unterhalt mit sich bringen.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, ersucht den zuständigen Stadtrat darzulegen, in welchem Betätigungsfeld die durch den Einsatz zweier Mäherboter freiwerdenden personellen Ressourcen eingesetzt würden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

4.2.2 GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, kann den Antrag der Kommissionsmehrheit nicht nachvollziehen. Es fallen mitnichten Unterhaltskosten an, da die Geräte eine zweijährige Garantiefrist aufweisen.

Es sei im Interesse des Fussballclubs Illnau-Effretikon, wonach die Rasenfelder regelmässiger Pflege und Rückschnitten bedürfen; heute richte sich die Mähfrequenz nach dem zur Verfügung stehenden Budget, was der Spielqualität nicht förderlich sei.

Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, bezweifelt die Richtigkeit der Höhe der Unterhalts- als auch der Amortisationskosten. Zudem würden reine Unterhaltskosten in ausserordentlichen Fällen, wie sie beispielsweise bei Vandalismus, Entwendung usw. anfallen, per se nie durch Garantiekosten gedeckt.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat André Bättig, FDP, erläutert namens des Ressorts Jugend und Sport die Einzelheiten zu diesem strategisch wichtigen Geschäft, wie er es mit ironischem Unterton taxiert.

Die Stadt beabsichtige für den automatisierten Mähvorgang ihrer beiden Rasenfelder im Sportzentrum Effretikon zwei Mähroboter für gesamthaft Fr. 34'000.- anzuschaffen; zuzüglich der Kosten von Fr. 2'000.- die Basisinstallation der Dockstation.

Die Rasenfläche werde heute konventionell gemäht; die Stadt vergibt diesen Auftrag jeweils einer externen Gartenbaufirma (zu Lasten Konto 950.3140.20, Unterhalt Fussballplätze). Durch den Einsatz von Robotern lassen sich pro Platz je 30 Mäheinheiten in der gesamthaften Kostenhöhe von Fr. 30'000.- einsparen.

Die Stadt habe das Produkt mit Vorsicht evaluiert; dieses verrichte bei vergleichbaren Sporteinrichtungen und grossen Stadien gute Arbeit. Die Qualität des Rasenschnittes sei gar höher als beim manuellen Vorgang.

Sollte der Grosse Gemeinderat die Kostenposition streichen, so werde der Stadtrat die Geräte mit einem Leasingvertrag zum Einsatz bringen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BE- TRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
950.3114.00	Anschaffung Maschinen/ Fahrzeuge	85'000	50'000	Grossmehrheitliche Unter- stützung	SR



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 200 FINANZEN

210 – VORFINANZIERUNGEN

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
210.3800.04	Einlage in Vorfinanzierung Erweiterung Schulanlage Hagen, Illnau	800'000	1'000'000	+ 200'000 Sofern der Voranschlag 2016 durch die beantragten Kürzungen ausreichend verbessert werden kann, soll die Vorfinanzierung des Schulhauses Hagen auf 1 Million aufgestockt werden. Diese Vorfinanzierung wird im weitsichtigen Sinne einer Entlastung zukünftiger Rechnungen zugute kommen.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

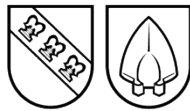
– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
210.3800.04	Einlage in Vorfinanzie- rung Erweite- rung Schulan- lage Hagen, Illnau	800'000	1'000'000	Grossmehrheitliche Unterstützung	RPK

Der Ratspräsident macht beliebt, die Sitzung an dieser Stelle durch eine Pause zu unterbrechen, was auch im Sinne der in der gemeinderätlichen Geschäftsordnung festgehaltenen Bestimmung zur Durchführung von Doppelsitzungen empfohlen ist. Eine Abstimmung entfällt.

Die Verhandlungen werden um 21:00 Uhr für 5 Minuten (bis 21:05 Uhr) ausgesetzt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

5 BERATUNG DER KÜRZUNGSANTRÄGE DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION INVESTITIONSRECHNUNG

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

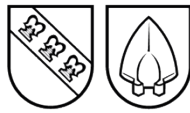
5.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
420.5060.10	Stadthaus Gebäude- steuerung Technik	50'000	0.00	- 50'000 Beim Posten Gebäudesteuerung Technik handelt es sich um einen allfälligen Ersatz der Lüftungs- steuerung im Stadthaus (im IAFP, S. 52, sind dafür total 250'000 eingestellt). Die Lüftung ist gemäss Auskunft des Stadtra- tes trotz ihres Alters von rund 20 Jahren noch gebrauchstauglich. Zudem erfüllt sie die gesetzli- chen Anforderungen – nach aktuellem Wissensstand – wei- terhin. Von daher ist für eine RPK-Mehrheit ein Ersatz weder dringlich noch zwingend. In den Voranschlag aufzunehmen sind jedoch gemäss stadträtlicher Investitionsstrategie lediglich Investitionen mit höchster Dring- lichkeitsstufe. Deshalb soll die bestehende, noch gebrauch- staugliche Lüftungssteuerung bis auf weiteres im Einsatz bleiben.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, führt namens des Ressorts Hochbau aus, wonach die Lüftung derzeit noch funktioniere; sie den Ansprüchen der derzeitigen Form des Saalbetriebes aber nicht mehr zu genügen vermöge. Die Lüftung sei nicht hinreichend regulierbar und verursache Geräuschimmissionen, was bei grossen Veranstaltungen und anspruchsvoller Kundschaft nicht geduldet sei. Da es dem System an einer ausgereiften Systematik fehle, ergeben sich durch manuelle Steuerungskorrekturen ungewünschte Schwankungen hinsichtlich der Lufttemperatur.

Zudem seien heute auf dem Markt verfügbare Ersatzteile nicht mehr mit der veralteten Steuerungseinheit kompatibel, was die Beschaffung solcher Bestandteile erschwert und dem Betrieb der Anlage nachhaltigen Schaden zufügt.

Gemeinderat André Büecheler, SVP, stellt zur Thematik eine technische Frage. Die Verpflichtungskreditkontrolle umfasse in den stadträtlichen Darlegungen keine entsprechende Position. Ferner sei die anzustellende Studie vielmehr in der Laufenden als in der Investitionsrechnung abzubilden.

Stadtrat Fürst führt in einer etwas verwirrenden Erklärung aus, wonach der Gesamtbetrag in verschiedene Einheiten gesplittet wurde. Einzelne Teile wären zur Realisierung zeitlich vorgezogen worden, weshalb die Studie nun auch in der Investitionsrechnung Eingang gefunden hätte.

Der Ratspräsident erfragt den Stadtrat nach weiteren klärenden Ausführungen, derweil dieser kein Bedürfnis hegt, weitere Angaben zur Sache vorzubringen.

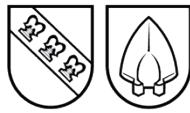
5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
420.5060.10	Stadthaus Gebäude- steuerung Technik	50'000	0.00	20:15	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG

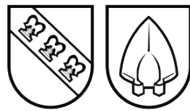
KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU

510 – GEMEINDESTRASSEN

Gemeinderat Hansjörg Gehri, BDP, ersucht den Stadtrat um Auskunft der Sachlage bei der Bannhaldenstrasse. Jene soll in das städtische Eigentum überführt werden, wogegen sich fünf private Grundeigentümer verweigert hatten. Die Stadt plane nun, die Kanalisationsleitungen zu sanieren. Es frage sich ob dies sinnvoll sei, da die Stadt angesichts der ungeklärten Kostenteilung wohl subsidiär dafür aufkommen müsse.

Stadtrat Urs Weiss, SVP, bestätigt, wonach die fragliche Strasse im Verlaufe des sich zu Ende neigenden Jahres ins städtische Eigentum übergang; tatsächlich sehe sich die Stadt dabei mit sehr komplexen Eigentumsverhältnissen konfrontiert. Die Wasser- und Kanalleitungen befänden sich aber zum grössten Teil in städtischem Besitz, was die Sache wesentlich vereinfache. Die Stadt fokussiere nun ihre Planungen und lade die übrigen Eigentümer dazu ein, sich am Verfahren zu beteiligen.

Der Ratspräsident nimmt Notiz vom Umstand, wonach nur eine Frage beantwortet und zur Sache kein Antrag gestellt worden sei.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
816.5060.30	Ersatz Sanitätsfahr- zeug	110'000	0.00	- 110'000 Die vorgebrachten stadträtlichen Argumente für einen Ersatz des Sanitätsfahrzeuges der Feuerwehr, das im Pflichtenheft der GVZ ist (deren Subventionsgrundlagen überarbeitet werden sollen), überzeugten eine RPK-Mehrheit in den Vorberatungen nicht. Das Fahrzeug [Jahrgang 1996; Km-Stand: 17'809] scheint noch in einem ausreichend guten Zustand zu sein. Es soll noch einige Jahre im Einsatz bleiben und weiterhin in erster Linie die Gesundheit der Feuerwehr-Einsatzkräfte sicherstellen. Neuerdings und ergänzend dazu ist rund um die Uhr der Sani First Response (Notfälle) mit dem in Kempththal stationierten Rettungswagen möglich.

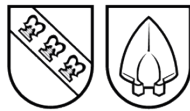
5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadträtin Salome Wyss, SP, legt namens des Ressorts Sicherheit dar, wonach es sich beim fraglichen Objekt um ein 23 Jahre altes Fahrzeug handle. Die Stadt ist gemäss Vorgaben der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich, GVZ, verpflichtet, ein solches Fahrzeug in ihrer Flotte zu führen; eine Flotte, die – wie bereits ausgeführt – zwar gut unterhalten sei, aber nicht mehr den gängigen Anforderungen entspreche.

Stadträtin Wyss weist auf den langwierigen Budgetierungs- und Beschaffungsvorgang hin, was zusätzlichen Druck auf den Beschaffungszeitpunkt auslöst.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

Das Fahrzeug stelle die sogenannten „Frist-Responder“-Einsätze im Rahmen der medizinischen Grundversorgung sicher.

Der Grosse Gemeinderat habe trotz ausgezeichneter finanzielle Lage im Feuerwehrbereich den vorherigen Antrag zum Kommandantenfahrzeug nicht gutgeheissen; allenfalls möge das Argument, wonach sich die Gebäudeversicherung des Kantons Zürich beteilige, hier den ausschlagenden Punkt für eine positive Unterstützung liefern.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, ersucht eindringlich um Ablehnung des Kommissionsantrages; habe er doch anlässlich der letzten Weihnachtsfeierlichkeiten privat auch ein solches Fahrzeug beanspruchen müssen.

5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BE- TRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER AN- TRAG
816.5060.30	Ersatz Sani- tätsfahrzeug	110'000	0.00	16:18 (bei einer Enthaltung)	SR



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 910 JUGEND UND SPORT

910 – KINDERTAGESSTÄTTE

5.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

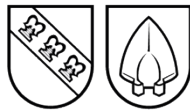
KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG SR	ANTRAG RPK	KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG)
910.5031.20	Erweiterung Kinder- tagesstätte (KiTa)	50'000	0.00	-50'000 Gemäss Voranschlag, S. 86, handelt es sich um einen Planungskredit für eine neue Kita. Gleichzeitig steht in der Weisung des Stadtrates, S. 21, dass der beabsichtigte Ausbau des Angebots wegen stag-nierendem Bedarf nochmals geprüft werden solle. Der Stadtrat hat nun am 19. November 2015 ein Grundsatzpapier zur Entwicklung der Kleinkinder-Betreuung verabschiedet. Im Bereich KiTa verfolgt der Stadtrat eine konservative Strategie und möchte zunächst das vorhandene Raumpotenzial ausnutzen. Konkret heisst dies gemäss Stadtrat: Einmietung von freien Plätzen in anderen Gemeinden und Eröffnung einer 3. Gruppe in der KiTa Illnau, sobald der Mittagstisch Hagen steht. Von daher teilte der zuständige Stadtrat der RPK mit, dass er gegen eine Streichung dieses Planungskredites keine Einwände habe.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat André Bättig, FDP, legt namens des Ressorts Jugend und Sport dar, wonach sich die interne Planung nun an anderen Gegebenheiten ausrichte und der Betrag getrost aus dem Voranschlag gestrichen werden könne.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

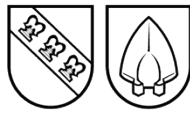
5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BE- TRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
910.5031.20	Erweiterung Kindertages- stätte (KiTa)	50'000	0.00	Grossmehrheitliche Unterstüt- zung	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 910 JUGEND UND SPORT

950 – KUNSTEISBAHN / SCHWIMMBAD

- 5.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT HANS-JÜRG GEHRI, BDP
950.5031.11 Spielplatz Sportzentrum

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, bringt einen eigenen Einzelantrag ein.

Er machte beliebt, die unter dieser Position eingestellten Gelder nicht den üblichen Haushaltsgelder zu entnehmen, sondern diese aus dem für diesen Zweck geschaffenen Hans Wegmann-Fonds zu speisen.

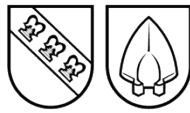
- 5.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG GEHRI

In der stadrätlichen Replik führt Stadtrat André Bättig aus, wonach unbestritten sei, dass besagtes Spielgerät stark baufällig und daher dringend zu ersetzen sei.

Der Hans Wegmann-Fonds sei noch gut geäufnet, allerdings wird er derzeit auch noch von anderen Projekten (Hütteschuur Ottikon) belehnt. Die Zweckbestimmungen würden das Ansinnen von Gemeinderat Gehri zwar nicht verbieten, der zuständige Ausschuss bediente sich jedoch der langjährigen Usanz, keine Unterhaltsarbeiten über den Fonds abzuwickeln. Früher oder später würde so das dort angesammelte Kapital infolge zahlreicher Instandsetzungsarbeiten getilgt, was zu bedauern sei, wenn damit in bislang ständiger Praxis ausschliesslich Neurealisierungen begünstigt wurden. Unterhaltspflichten seien seit jeher über die Laufende Rechnung abgebildet worden.

Gemeinderat Hansjürg Gehri, BDP, hält fest, wonach das eben von Stadtrat Bättig Ausgeführte zwar der Interpretation und des Usus des Stadtrates entspreche, er aber dennoch an seinem Antrag festhalte. Selbiger sei nicht statutenwidrig.

Die Zulässigkeit des Antrages wird nicht weiter bestritten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

5.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG GEHRI SPIELPLATZ SPORTZENTRUM

DER GROSSE GEMEINDERAT

– bezugnehmend auf den Antrag von Gemeinderat Hans-Jürg Gehri betreffend Kto. Nr. 950.5031.11 –

BESCHLIESST:

1. Der Antrag von Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, die unter Position 950.5031.11, Spielplatz Sportzentrum, genannten Fr. 100'000.- dem Hans-Wegmann-Fonds zu entnehmen, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

6 BERATUNG DER ABSCHREIBUNGSTABELLEN

Ausser der Bemerkung *des Ratspräsidenten*, wonach aufgrund der befolgten Beschlüsse sich nun auch das nachfolgende Zahlenmaterial entsprechend ändert, folgt keine weitere Diskussion zur Abschreibungstabelle.

7 BERATUNG DER VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

Ausser der protokollarischen Bemerkung von Gemeinderat André Büecheler, SVP, wonach in der Folge redaktionelle Korrekturen vorzunehmen sind, folgt keine weitere Diskussion zur Kontrolle der Verpflichtungskredite.

8 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM VORANSCHLAG

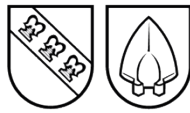
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Voranschlag 2016 wird unter Berücksichtigung sämtlicher vorstehend beschlossenen Änderungen gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 1. Oktober 2015 genehmigt.

Der Beschluss kam mit einem grossmehrheitlichen Stimmenverhältnis zu Stande.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

9 DISKUSSION ZUM STEUERFUSS

Namens der Rechnungsprüfungskommission gibt deren *Präsident, Michael Käppeli, FDP*, den hinlänglich kommunizierten Vorschlag zur Belassung des Steuerfusses auf 115 % der einfachen Staatssteuer bekannt.

9.1 VOTEN AUS DEM RAT ZUM STEUERFUSS

9.1.1 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, stellt einen Antrag, wonach der Steuerfuss auf 124 % festgesetzt werden soll.

Er vergleicht dabei die Entwicklungen in anderen Zürcher Gemeinden und referenziert dazu nochmals die biblische Geschichte, die bereits zu Beginn der Sitzung hinlänglich mit sieben mageren und sieben fett Jahren umrissen wurde.

Die fetten Jahre seien vorbei; man möge noch an ihn denken.

Gemeinderat Zimmermann leitet die Berechnung seines Steuerfussansatzes mit einer nicht minder komplexen Erklärung her. Der Gesamtrat versucht, den Ausführungen zu folgen.

Im Originalwortlaut äussert sich Gemeinderat Zimmermann wie folgt:

„9 Steuerprozent sind ca. 3 Mio. Franken + 1.5 Mio. Ressourcenausgleich macht total 4.5 Mio. Franken. Diese 4.5 Mio. Franken könnten wir mehr als gut gebrauchen für bereits bewilligte grosse Bauvorhaben, oder für die Schuldenreduktion“.

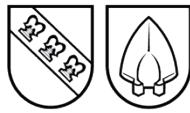
„Ich stelle den Antrag, den Steuerfuss um 9% zu erhöhen auf 124 % für das Jahr 2016.

Der daraus resultierende Steuerertrag wird vollumfänglich dazu verwendet, für Vorfinanzierungen grosser bewilligter Bauvorhaben, oder für die Schuldenreduktion

Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Ausführungen von Gemeinderat Zimmermann nur teilweise korrekt waren; mit Festlegung des Steuerfusses könne keine Zweckbindung von Steuergeldern geltend gemacht werden; der Antrag ist entsprechend zu korrigieren.

9.1.2 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, rügt mit Anführung des Zitates „Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod“ der fahrlässige Umgang seitens Gemeinderat Zimmermann mit der grammatischen sprachlichen Korrektheit.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

9.1.3 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP

Gemeinderat André Büecheler, SVP, ruft in Erinnerung, wonach für den geschilderten Fall zusätzliche Abschreibungen zu budgetieren und die getätigten Vorfinanzierungen anzuheben seien; ein solches Verfahren gelte es, zum Voraus mit dem Stadtrat und den Fraktionen abzusprechen; es sei nicht statthaft, dies an dieser Stelle ad-hoc bei der Debatte zum Steuerfuss einzuleiten.

9.1.4 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, erwägt, einen Rückkommensantrag zur Veränderung der Abschreibungen zu stellen, sollte der Grosse Gemeinderat der Anhebung des Steuerfusses nicht zustimmen.

9.1.5 STADTRAT PHILIPP WESPI, JLIE

Der Stadtrat verzichtet angesichts der Aussichtslosigkeit des gestellten Zimmermann'schen Antrages auf Erfolg auf die epische Darlegung von Gegenargumenten.

10 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR FESTSETZUNG DES STEUERFUSSES

10.1 BEREINIGUNG DER ANTRÄGE

Es liegen der Antrag des Stadtrates – unterstützt durch die Rechnungsprüfungskommission – lautend auf 115 % und ein Gegenantrag von Hans Zimmermann, GP, lautend auf 124 %, vor.

Die beiden Anträge werden einander gegenüber gestellt.

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Steuerfuss wird für das Jahr 2016 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Der stadträtliche Antrag obsiegt in der Ausmarchung mit grossem Mehr.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

11 KENNTNISNAHME IAFP

Keine Diskussion.

12 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES IAFP

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017/21 wird Kenntnis genommen.

Obenstehender Beschluss erfolgte mit einstimmigem Ergebnis.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1846

BESCHLUSS-NR.

13 SCHLUSSABSTIMMUNG

Es ergeht die Schlussabstimmung. An dieser Stelle wird der konsolidierte Gesamtbeschluss inklusive aller Änderungen abgebildet:

DER GROSSE GEMEINDERAT

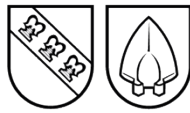
- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 171 vom 1. Oktober 2015)
und in Kenntnis des Abschiedes der Rechnungsprüfungskommission vom 30. November 2015
sowie in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2016 wird gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 1. Oktober 2015 wie folgt verändert:

1.1 LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	NEUER BETRAG	KÜRZUNG
163.3010.10	Pauschalbetrag für Salärpassungen (inkl. Sozialleistungen)	Fr. 60'000.-	Fr. 45'000.-
208.3310.00	Ordentliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen	Fr. 7'826'000.-	Fr. 15'000.-
400.3650.00	Heimatschutz/Denkmalpflege	Fr. 22'500.-	Fr. 40'000.-
420.3114.00	Anschaffung Mobilien	Fr. 58'000.-	Fr. 70'000.-
420.3140.70	Baulicher Unterhalt AZB	Fr. 175'000.-	Fr. 80'000.-
635.3662.00	Beiträge für Kleinkinderbetreuung	Fr. 410'000.-	Fr. 140'000.-
816.3114.00	Anschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen	Fr. 25'000.-	Fr. 55'000.-
KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	NEUER BETRAG	AUFSTOCKUNG
210.3800.04	Einlage in Vorfinanzierung Erweiterung Schulanlage Hagen, Illnau	Fr. 1'000'000.-	Fr. 200'000.-
		Total Veränderung	Fr. 245'000.-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

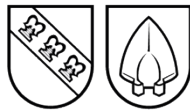
1.2 INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	NEUER BETRAG	KÜRZUNG
420.5060.10	Stadthaus Gebäudesteuerung Technik	Fr. 0.–	Fr. 50'000.–
910.5031.20	Erweiterung Kindertagesstätte (KiTa)	Fr. 0.–	Fr. 50'000.–
		Total Veränderung	Fr. 100'000.–

- 2.1 Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 1 dieses Beschlusses genannten Veränderungen ergeht somit der Voranschlag 2016. Die Aufwendungen und Erträge in der Laufenden Rechnung sowie die Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens weisen folgende Zahlen aus:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	110'333'750
	Ertrag	Fr.	110'733'450
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	13'220'000
	Einnahmen	Fr.	883'300
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	0
	Einnahmen	Fr.	1'050'000

- 2.2 Der Voranschlag 2016 gemäss Ziffer 2.1 wird genehmigt.
3. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2016 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 399'700.– wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.
5. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.
6. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017-2021 wird Kenntnis genommen.
7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- Stadtrat, zweifach
 - Abteilung Finanzen, dreifach
 - Rechnungsprüfungskommission
 - sämtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates
und die abonnierten Empfänger/innen der Geschäftsunterlagen / via Newsletter
 - sämtliche Ressortvorstehende des Stadtrates
 - sämtliche Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung
 - das Ratssekretariat, dreifach



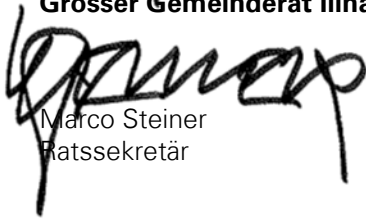
AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. DEZEMBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1846
BESCHLUSS-NR.

Der obgenannte Beschluss kam mit grossmehrheitlichem Stimmenverhältnis zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 18.12.2015
ms